Thüringer Finanzministerin und Stellvertretende Ministerpräsidentin Heike Taubert (SPD): Einbringungsrede Doppelhaushalt 2016/2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

für die Landesregierung lege ich Ihnen heute den in der letzten Woche vom Kabinett beschlossenen Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes mit den Haushaltsplänen für die Jahre 2016 und 2017 zur Beratung vor.

[Gesamteinschätzung]

Mit diesem Landeshaushalt bekennt sich die Thüringer Landesregierung zu Investitionen für die Zukunft des Freistaats. Die Landesregierung unterstreicht auch haushalterisch ihre Ziele, das soziales Miteinander, die Rahmenbedingungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung und ökologisch verantwortungsvolles Handeln im Freistaat zu stärken.

Meine Damen und Herren,

es gibt viele Frage, die zu beantworten sind. Was können wir leisten, damit Familien ein sicheres Einkommen haben? Wie können wir dafür sorgen, dass Thüringen eines der besten Bildungsländer bleibt? Wie können wir Unternehmen im Freistaat fördern? Wie gewährleisten wir die soziale Infrastruktur im Freistaat?

Wie können wir für eine saubere Umwelt sorgen? Was können wir tun, damit wir Hochwasser eindämmen und Schäden minimieren können? Wo können wir als Landesregierung das soziale und tolerante Miteinander fördern?

Wie kann Thüringen einer der sichersten Orte in der Bundesrepublik bleiben? Welche Grundlagen brauchen die Verwaltung und die Bediensteten heute und in Zukunft?

Gleichzeitig sehen wir uns mit nicht weniger als einer humanitären Katastrophe und ihren Auswirkungen konfrontiert. Die Landesregierung stellt gemeinsam mit den Kommunen und den Thüringer Bürgerinnen und Bürgern umfängliche Hilfen für Menschen in größter Not bereit. Gemeinsam helfen wir Menschen, die aus Krieg und Elend fliehen.

Meine Damen und Herren,

dieser Haushalt beinhaltet wichtige Schritte und Impulse, um Thüringens Erfolgsgeschichte weiterzuschreiben. Dabei hat sich die Landesregierung ein Ziel gesetzt: Gutes weiterführen – das heißt auch weiter zu finanzieren. Stabilität und Beständigkeit sind unverzichtbare Werte und wichtige Grundlagen für die notwendige Entwicklung des Freistaats.

Meine Damen und Herren,

vor diesem Hintergrund beschreitet dieser Haushalt bewusst einen Weg, der so nur einmalig möglich ist. Dieser Haushalt stellt sich bewusst den zwei großen Herausforderungen:

[1.] Thüringen heißt Flüchtlinge willkommen und finanziert ihre Versorgung.

[2.] Für die Thüringerinnen und Thüringer und die Zukunft des Freistaats setzt dieser Haushaltsentwurf bewusst weiter gestalterische Impulse.

Was mir dabei besonders wichtig ist: Zugleich bleibt dieser Haushalt in der Kontinuität vorheriger Haushalte und kommt in beiden Jahren ohne neue Schulden aus. Dies ist kein gering zu achtender Erfolg!

Und das demonstriert auch die Überzeugung der Landesregierung über die zwingende Notwendigkeit ausgeglichener Haushalte mit Blick auf die Schuldenbremse des Grundgesetzes und mit Blick auf die sich ab 2020 massiv verändernden Bund-Länder-Finanzbeziehungen.

[Finanzpolitischer Weg - 25 Jahre Deutsche Einheit]

Werfen wir einen Blick zurück. Vor 25 Jahren hat Thüringen im wiedervereinigten Deutschland seinen Weg neu aufgenommen. Auch finanz- und wirtschaftspolitisch ist dieser Weg mit seinen Auswirkungen zu beschreiben. So formuliert der jüngst erschienene Einheitsbericht der Bundesregierung: „Der Aufbau ist insgesamt gelungen.“ In der Tat: Der gelungene Aufbau ist in Thüringen an vielen Stellen sichtbar und er ist für die meisten Menschen spürbar.

Der Zerfall der Innenstädte ist gestoppt. Verkehrsinfrastrukturen sind neu und auf hohem Niveau entstanden. Und im gestern zu Ende gegangenen September verzeichnet Thüringen erstmals weniger als 80.000 Arbeitslose - eine Quote von weniger als 7 Prozent.

Aber der Aufbau ist noch lange nicht zu Ende. Insbesondere strukturschwache Regionen müssen im Blick bleiben, mahnt der Bericht. Dem kann ich nur vollumfänglich zustimmen.

In den letzten Jahren entwickelte sich eine lebhafte Zivilgesellschaft in Thüringen. Sie ist der wahre Schatz unseres Landes. Und diese Zivilgesellschaft tritt heute dafür ein, das kulturelle, aber auch das ökologische Erbe dieses Landes zu bewahren und erlebbar zu machen.

Meine Damen und Herren,

die jüngere Geschichte unseres Freistaats und der Aufbau wären aber natürlich ohne immense finanzielle Unterstützung und die Solidarität in Deutschland nicht möglich gewesen.

Ende 2019 werden mehr als 40 Milliarden Euro aus dem Fonds Deutsche Einheit und den Solidarpakten I und II nach Thüringen geflossen sein.

Diese Fördermittel haben den Aufbau eines mittelständisch geprägten und leistungsfähigen Industrie- und Dienstleistungssektors in unserem Freistaat unterstützt. Die Thüringer Wirtschaft gibt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern heute ein solides Einkommen.

Dank Mindestlohn und zunehmend mehr Arbeitsangeboten für Fachkräfte entwickelt sich Thüringen in jüngster Zeit weg vom Image des Billiglohnlandes. Thüringen ist immer stärker Gründungszentrum und Ideenschmiede. Für gute Ideen muss man nicht groß sein!

Die Steuereinnahmen und Einnahmen aus Länderfinanzausgleich und Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen betragen im kommenden Jahr 6,734 Milliarden Euro. Im Jahr 2017 sind 6,948 Milliarden Euro veranschlagt.

Die Steuerkraft selbst ist jedoch noch gering. Sie liegt bei etwa 55 Prozent im Vergleich zum Bundesdurchschnitt.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Deutschland braucht über 2019 hinaus einen fairen Finanzausgleich, der Unterschiede zwischen den Ländern auf dem bisherigen Niveau ausgleicht. Und der allen Ebenen - Bund, Ländern und Kommunen - einen fairen und aufgabengerechten Anteil am gesamtstaatlichen Steueraufkommen sichert. Die Landesregierung lässt sich bei den Bund-Länder-Finanz-Verhandlungen nicht beirren.

Ich habe in den letzten Wochen mehrfach und hartnäckig auf einen Ausgleich für die Sonder- und Zusatzrenten gedrängt. Das brachte mir kürzlich die harsche Kritik des Bundesfinanzministers ein. Aber das ändert nichts an der Tatsache einer ungerechten Lastenverteilung an dieser Stelle.

Knapp 400 Millionen Euro zahlt der Freistaat in diesem Jahr, das sind 4,25 Prozent des Landeshaushaltes. Und diese Summe wächst in den kommenden beiden Jahren um mehr als 20 Millionen Euro.

Thüringen wird dieses Thema bei den laufenden Verhandlungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen nicht totschweigen, sondern hartnäckig auf eine Lösung drängen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Thüringen hat auch von der Solidarität in Europa profitiert. Zur Solidarität gehört nun auch, die erworbenen Stärken zu nutzen und auszubauen.

Thüringen wird die europäischen Förderprogramme in Höhe von 376 Millionen Euro und 448 Millionen Euro in 2016 und 2017 kofinanzieren und damit den vollen Einsatz der vorhandenen Gelder garantieren können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Doppelhaushalt setzt nach dem Jahr 25 der Einheit Deutschlands klare Signale für die Zukunft dieses Landes. Rot-Rot-Grün will gestalten und setzt dies im Rahmen des finanziell Machbaren um.

[Ausgeglichener Haushalt - Konsolidierung]

Meine Damen und Herren,

trotz Ausgabensteigerungen steht fest: Die Phase konsolidierter und ausgeglichener Haushalte hält unter Rot-Rot-Grün an.

Das war, ist und bleibt ein Grundkonsens dieser Landesregierung und der Koalition, so wie das der Koalitionsvertrag vorsieht, auch wenn die eine oder andere Äußerung etwas anderes vermuten ließen.

Ein ausgeglichener Haushalt ist durch die Landeshaushaltsordnung geboten. Er ist mit Blick auf die Einhaltung der Schuldenbremse ab 2020 und auf die kommenden Haushalte notwendig. Deshalb wird die Landesregierung ausgeglichene Haushalte vorlegen.

Mindestens sieben Länder legen in diesem Jahr ausgeglichene Haushaltsentwürfe vor. Thüringen gehört zu diesen Ländern. Und auch der Stabilitätsbericht belegt: Thüringen wirtschaftet solide. Mit ausgeglichenen Haushalten bleibt Thüringen auf Zukunftskurs. Dies zu erreichen war nicht leicht, das ist kein Geheimnis.

Bei der Haushaltsaufstellung haben wir im Kabinett darum gerungen, wo wir Ausgaben begrenzen können. Nicht alle Projekte, die sich die Kabinettskolleginnen und -kollegen vorgenommen haben, konnten umgesetzt werden.

Gleichzeitig hat sich das Kabinett auch die Einnahmeseite angesehen. Und da sage ich Ihnen als Finanzministerin: Bei der Erhöhung der Grunderwerbsteuer schlagen auch bei mir zwei Herzen in der Brust.

Eine Steuererhöhung ist immer schwierig. Dennoch halte ich diese für vertretbar. Vertretbar deshalb, weil Thüringen darauf bedacht sein muss, auch mit Blick auf 2020 seine eigenen Einnahmen zu stärken. Mit einem Steuersatz von künftig 6,5 Prozent reihen wir uns im Übrigen in eine ganze Gruppe von Ländern ein.

Meine Damen und Herren,

in Summe sehe ich es als einen Erfolg dieser Haushaltsverhandlungen und Ausdruck eines gemeinsamen Willens des Kabinetts an, dass die Mehranmeldungen der Ressorts auf die angepassten Eckwerte zurückgeführt werden konnten.

Ich danke den Kabinettskolleginnen und –Kollegen für ihr Einlenken und ihre Unterstützung und danke Herrn Ministerpräsident Ramelow für seine klaren Worte und sein Bekenntnis zu ausgeglichenen Haushalten, ohne Neuverschuldung.

An dieser Stelle sei auch ein großer Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Thüringer Ministerien gerichtet. Sie haben einen wichtigen Beitrag dafür geleistet, dass wir heute den Haushaltsentwurf gemeinsam beraten können.

Meine Damen und Herren,

wir haben einen ausgeglichenen Haushalt, der Impulse setzt und trotzdem in vollem Umfang die Versorgung der Flüchtlinge in Thüringen - auch finanziell - sicherstellt.

Natürlich bilden die Kosten für die Versorgung und die Unterkunft der Flüchtlinge einen großen Posten im Haushalt. Thüringen hilft in einer humanitären Katastrophe. Thüringen reicht den Menschen, die aus Not und Elend zu uns fliehen, beide Hände.

Damit ist Thüringen an das Limit seiner finanziellen Leistungsfähigkeit gegangen und hat all seine finanziellen Reserven mobilisiert. Dies haben wir ganz bewusst getan, um weiter notwendigen Impulse für die Entwicklung des Landes setzen und zugleich die Finanzierung der Ausgaben für Flüchtlinge ohne Kreditaufnahmen sicherstellen zu können.

Daran wird aber auch deutlich, dass es sich um den richtigen Weg für den Doppelhaushalt 2016/2017 handelt, der so jedoch nur einmalig möglich ist.

Ich begrüße an dieser Stelle, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder einen Lösungsvorschlag gefunden hat, um den Ländern besser zu helfen.

Endlich, sage ich, das Maßnahmepaket war längst überfällig. Das wird nicht das Ende der Gespräche mit den Ländern sein. Es wird nun entscheidend darauf ankommen, welche Maßnahmen der Bund unmittelbar nach Verabschiedung des Paketes auch in die Tat umsetzt und welche Auswirkungen dies auf Länder und Kommunen hat.

[Schwerpunkte des Haushalts]

Meine Damen und Herren,

die Haushaltsvolumina des vorliegenden Entwurfs steigen in den nächsten beiden Jahren. 9,727 Milliarden Euro sind im kommenden Jahr, 10,056 Milliarden sind für 2017 geplant.

Damit hat die Regierung erste wichtige Ziele der Koalition in Zahlen gegossen. Lassen Sie mich nun auf die verschiedenen Bereiche eingehen und einige konkrete Maßnahmen herausheben.

[Flüchtlinge]

Insgesamt wachsen die Haushalte um 450 Millionen Euro und um 330 Millionen Euro.

Diese Aufwüchse resultieren aus Investitionen und eben auch aus Mehrausgaben für Flüchtlinge. Ein besonderes Kapitel dieser Haushaltsaufstellung und der gesellschaftlichen Debatte in unserem Land betrifft die Frage, wie wir mit den zu uns flüchtenden Menschen umgehen.

Die letzten Wochen und Monate habe ich als eine Zeit erlebt, in der große Unsicherheit in unserem Land herrscht. In vielen Gesprächen wurde gefragt:

Wer sind die Menschen, die zu uns kommen? Wie können wir mit den Ankommenden zusammenleben? Wie lange werden Sie bleiben, auch, wird uns der Zuzug überfordern?

Dies sind berechtigte Fragen, eine Antwort aber werden wir nur im gemeinsamen Gespräch erhalten. Mit den Flüchtlingen. Nicht das Vorurteil und die eigene Sicht werden uns diese Antworten liefern.

Gleichzeitig erleben wir eine Zeit, in der Bürgerinnen und Bürger in Thüringen die Hände ausstrecken. Zivilgesellschaftliche und bürgerliche Initiativen gehen auf die Flüchtlinge zu. Das zeigt, dass wir Solidarität leben, dass Thüringen weltoffen ist. Dies ist ein unverzichtbarer Beitrag, aber dies allein reicht uns nicht. Für das Kabinett standen mit der Haushaltaufstellung auch die mit den Flüchtlingen verbundenen Kosten auf der Tagesordnung.

Die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge sowohl in Erstaufnahmeeinrichtungen als auch in Kommunen, die Durchführung von Integrationsprojekten und Sprachkurse müssen finanziert werden.

Für das nächste Jahr rechnen wir mit 22.000 Menschen und haben entsprechend 469 Millionen Euro im Haushalt veranschlagt. Die Summe wird sich bei gleicher Zahl neu Ankommender auf 598 Millionen Euro im Jahr 2017 erhöhen.

In diesen Summen sind sowohl Mittel für die Unterkunft und Verpflegung als auch Mittel für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die Gesundheitskosten sowie Mittel für Integrations- und Sprachkurse enthalten.

Die Finanzierung der Kosten für Flüchtlinge ist die große Herausforderung dieses Haushaltes. Die Koalition legt mit dem Haushalt 2016/17 einen Plan für die Finanzierung dieser Herausforderung vor. Eine Milliarde Euro zusätzlich finanzieren – das ist ein Kraftakt.

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zur Debatte um die Flüchtlingskosten machen.

Da war ja in der letzten Woche von der Opposition zu hören, wir würden diese zu hoch ansetzen und damit den Haushalt künstlich aufblähen. Ich war fassungslos, als ich das gehört habe. Die Argumentation ist nicht nur falsch, sondern auch frech - weil wider besseres Wissen.

Und sie spielt den Rechtextremen in die Hände, weil sie suggeriert, dass für Flüchtlinge alles getan wird, aber für unsere Bevölkerung nichts mehr übrigbleibt. Was für ein Unsinn! Dieser Haushaltsentwurf mit seinen Schwerpunkten, auf die ich noch zu sprechen komme, beweist das Gegenteil.

Er ist nicht das Resultat einer panischen Rotstiftpolitik, die kürzt um des Kürzens Willen.

Er ist das Resultat einer Finanzpolitik, die das Notwendige mit dem Machbaren verbindet.

Die Situation ist nicht einfach, aber wir sind angetreten, das Beste daraus zu machen. Das Beste für die Thüringerinnen und Thüringer und für alle, die bei uns Schutz und Hilfe suchen.

Wie lautete noch mal der Vorwurf der Opposition?

Das Land Nordrhein-Westfalen komme mit weniger als der Hälfte der für Thüringen in 2016 geplanten 469 Millionen Euro für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen aus.

Meine Damen und Herren,

der Haushaltsansatz ist mit 7.582 Euro pro Flüchtling in Thüringen aber in etwa der gleiche wie in NRW. Aber NRW erstattet den Kommunen dort nur rund die Hälfte der entstehenden Kosten.

So ergibt sich in der Gesamtrechnung tatsächlich eine große Differenz. Ich möchte die Opposition mal hören, wenn wir das in Thüringen auch so machen würden.

Die Kommunen bleiben im Regen stehen, die Kommunen werden ausgehungert, die Kommunen bleiben auf den Kosten sitzen! So würden Sie tönen und das Land auffordern, sich stärker finanziell zu engagieren. Genau das tun wir.

Nach Recherchen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung liegt Thüringen bei der Kostenerstattung für die Kommunen in der Spitzengruppe der Bundesländer. In Thüringen steht das Land an der Seite der Kommunen. Und so soll es auch bleiben.

An die Opposition gerichtet: Auch der Vergleich der jeweilig zuständigen Ministerien der Länder bzw. der Vergleich der jeweiligen Einzelpläne ist nicht sachgerecht und entbehrt der Realität. Denn entscheidend ist die jeweilige Zuständigkeit für einzelne Aufgaben und die kann sehr unterschiedlich geregelt sein.

So sind im Thüringer Haushaltsentwurf 2016 rund 376 Millionen Euro im Etat des Migrations- und Justizministeriums für Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen vorgesehen.

Aber das ist eben nicht alles, was nottut, um Flüchtlinge zu versorgen. Daneben gibt es andere Aufgaben wie zum Beispiel die Organisation von Sprachkursen, die Bereitstellung von Röntgenbussen, den Ausbau von Liegenschaften oder die Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Mit diesen Ausgaben, die in anderen Ministerien geleistet werden, ergibt sich die Gesamtsumme von 469 Millionen Euro. Daran ist nichts erfunden, nichts geschönt, nichts aufgebläht. Ob Ihnen das nun passt oder nicht, es kostet, was es kostet. Und wir sind in der Pflicht, diese Mittel bereitzustellen.

[Bildung]

Meine Damen und Herren,

die Regierungskoalition legt ein zentrales Augenmerk auf den Bereich der Bildung.

Insgesamt steigen die Bildungsausgaben auf 2,636 Milliarden Euro. Das sind 26,2 Prozent des Landeshaushalts.

Die Landesregierung setzt ein zentrales Vorhaben um: Wir werden in den kommenden beiden Jahren 1000 Lehrerinnen und Lehrer neu einstellen. Zusätzlich wird es die lange geforderte Vertretungsreserve geben. Damit sollen der Grundbedarf zur Unterrichtsabsicherung abgedeckt und Unterrichtsausfälle vermieden werden.

Zugleich erhalten freie Schulen eine verlässliche Planungsgrundlage und eine auskömmliche Finanzierung. Für Träger freier Schulen sind im Doppelhaushalt 17 Millionen Euro mehr veranschlagt. In Summe erhalten die freien Schulträger 163,2 Millionen Euro im Jahr 2017.

Für die im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingssituation auftretenden Thematik der „Lehrer für Deutsch als Zweitsprache“ haben wir uns im Kabinett darauf verständigt, zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von 6,5 Millionen Euro bzw. 9,75 Millionen Euro bereit zu stellen.

Somit ist die Voraussetzung dafür geschaffen, dass im kommenden Jahr 100 Lehrer für Deutsch als Zweitsprache und im darauf folgenden Jahr 150 Lehrer für Deutsch als Zweitsprache an Thüringer Schulen beschäftigt werden können.

Der Schulbereich und die Leistungsfähigkeit unserer Schullandschaft erfahren damit die notwendige finanzielle Rückendeckung. Thüringer Schülerinnen und Schüler können in einer vielfältigen Bildungslandschaft lernen und sollen damit weiter zu den Spitzenreitern in Deutschland gehören.

Aber auch im Hochschulbereich werden im Zuge der bestehenden Rahmenvereinbarung insgesamt 413,6 Millionen Euro in die universitäre Ausbildung, Forschung und Lehre investiert.

Die Landeszuschüsse steigen jährlich um vier Prozent (ca. je 15 Millionen Euro). Damit erfüllt die Landesregierung ihre Zusage mit Blick auf die Rahmenvereinbarung IV mit den Hochschulen für den Zeitraum 2016 bis 2019.

Für den Hochschulbereich möchte ich auch die steigenden Zuschüsse für das Universitätsklinikum Jena herausstellen. Im Jahr 2017 werden 87 Millionen Euro bereit gestellt (Vgl. Ist 2004: 78,8 Millionen Euro).

Forschung und Lehre sind die Quelle für Fachkräfte und für Unternehmer von morgen. Mit einem Engagement im Hochschulbau von über 40 Millionen Euro jährlich werden Studierende, aber auch Unternehmerinnen und Unternehmer auf eine moderne Infrastruktur für Forschung und Entwicklung bauen können.

[Kultur]

Einen kurzen Einblick möchte ich auch in die Kulturförderung geben. Im Kulturbereich verstetigt die Landesregierung die finanzielle Basis auf hohem Niveau. Die Institutionelle Förderung der Theater und Orchester ist im Landeshaushalt abgebildet und sichergestellt.

Mehr als 177 Millionen Euro sind im Bereich Theater, Musik und Denkmalpflege insgesamt pro Jahr etatisiert. Davon fließen in die Theaterlandschaft etwa 70 Millionen Euro.

[Schwerpunkt Umwelt/ Naturschutz]

Kommen wir zum Bereich Umwelt- und Naturschutz. Für Maßnahmen und Leistungen in diesem Bereich plant die Landesregierung im Jahr 2016 insgesamt 58 Millionen Euro, im Jahr 2017 etwa 62,3 Millionen Euro.

Laut Koalitionsvertrag sollen der Gewässerzustand in Thüringen weiter verbessert, die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hohem Trinkwasser gewährleistet und Anstrengungen zur Erreichung der Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie spürbar verstärkt werden.

Für den Hochwasserschutz und die Gewässerunterhaltung stehen statt 63,7 Millionen Euro (Ist 2014) im Jahr 2017 nunmehr 73,9 Millionen Euro bereit – das sind 10 Millionen Euro mehr.

Thüringen unterstützt ferner die Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung und erhöht die Ausgaben von 17,3 Millionen Euro (Ist 2014) auf 26,4 Millionen Euro (Entwurf 2017). Damit werden z.B. Kleinkläranlagen gefördert und Aufgabenträger bei der Errichtung kommunaler Kläranlagen besser unterstützt.

Weitere Schlaglichter in diesem Bereich möchte ich nennen:

- Stärkung der Thüringer Energie- und Green Tech-Agentur (THEGa) als zentrale Koordinierungs- und Beratungsstelle der Energiewende und Weiterentwicklung zu einer Ressourceneffizienz-Agentur (hier ist im Haushaltsplan eine Steigerung der Ausgaben in 2017 gegenüber dem Ist 2014 um 3 Millionen Euro vorgesehen).

- Aber auch Verbesserungen von verschiedenen Natur- und Klimaschutzprojekten, wie z. B. der Stiftung Naturschutz Thüringen, Natura 2000 usw. werden möglich (ca. 8 Millionen Euro in 2017 stehen dafür bereit).

[Arbeit und Soziales]

Meine Damen und Herren,

ich möchte auch das Thema Arbeit und Soziales herausheben.

Die letzten Arbeitsmarktzahlen waren erfreulich. Thüringen weist im vergangenen Jahr eine Quote von 7,8 Prozent aus. Die Quote sank im letzten Monat sogar auf 6,9 Prozent. Zur

Erinnerung: Im Jahr 2004 hatten wir 17,8 Prozent Arbeitslose. Auch wenn die Entwicklung Mut macht, so dürfen wir nicht jene vergessen, die lange Zeit ohne Arbeit waren.

Unser Ziel ist es, Langezeitarbeitslose und Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir intensivieren die Anstrengungen. Beispielsweise wird aus dem Etat des Arbeits- und Sozialressorts die gemeinwohlorientierte Beschäftigung mitfinanziert. Dafür stehen ab 2016 rund 7,5 Millionen Euro mehr als in 2014 zur Verfügung.

Auch das Landesarbeitsmarktprogramm „Arbeit für Thüringen“ wird im bisherigen Umfang von 7,5 Millionen Euro fortgeführt.

Das bisherige Aktionsprogramm „Fachkräftesicherung und Qualifizierung“ soll fortentwickelt werden. Es soll die Willkommenskultur verbessert werden, um mehr Internationalität für Thüringen und seinen Arbeitsmarkt zu erreichen.

Für die ESF-kofinanzierte Förderung sind in diesem Zusammenhang für die neue Fachkräfterichtlinie 5,4 Millionen Euro (2016) und 6,12 Millionen Euro (2017) vorgesehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Thüringer Landesregierung erfüllt mit diesem Haushaltsplan verlässlich ihren gesetzlichen Auftrag, Thüringer Krankenhäuser mit Investitionsmitteln in den kommenden beiden Jahren mit 100 Millionen Euro zu unterstützen.

Lebensqualität lässt sich aber nicht nur an der medizinischen Versorgung messen. Auch Soziale Dienstleistungen, Hilfs-, Unterstützungs-, Betreuungs- und Beratungsangebote hat diese Landesregierung bei der Haushaltaufstellung in den Blick genommen. Diese werden heute überall im Lande vorgehalten, für Jung und Alt, für Familien und für Menschen in schwierigen Lebenslagen. Zu nennen sind die Jugendpauschale und das Programm Schulsozialarbeit. Beide werden finanziell verstetigt und erfahren leichte Aufwüchse.

Auch Projekte, die für Toleranz werben und sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wenden, wird diese Landesregierung verstärkt unterstützen.

Denn in Zeiten, in denen manche Zeitgenossen glauben, mit wöchentlichen Demonstrationen „Fremdenfeindlichkeit“ salonfähig machen zu können, ist das Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus dieser Landesregierung ein besonderes Bedürfnis und eine unverzichtbare Notwendigkeit.

[Wirtschaft/ Investitionen]

Meine Damen und Herren,

die Thüringer Wirtschaft braucht die an unseren Schulen und Hochschulen ausgebildeten Fachkräfte. Die Wirtschaftskraft ist ein wesentlicher Faktor, wenn es darum geht, gleichwertige Lebensverhältnisse auf Basis eines stabilen finanziellen Fundaments in Deutschland zu schaffen.

Die Landesregierung setzt auf eine mutige Generation junger Leute, die mit eigenen Ideen unternehmerisch tätig wird bzw. im Arbeitsleben steht. Bildung ist dafür eine Grundlage, ein weiterer wichtiger Baustein sind Investitionen für die dynamische Wirtschaftsentwicklung.

Für Investitionen sind im kommenden Jahr 1,278 Milliarden Euro geplant. 2017 steigen diese Mittel auf über 1,3 Milliarden Euro.

Die Investitionsquote von stabil über 13 Prozent ist Ausdruck dieses Engagements. SoBEZ, Bundes- und EU-Mittel helfen dabei, diese überproportionalen öffentlichen Investitionen zu stemmen.

[Infrastruktur]

Im Zusammenhang mit Wirtschaftsförderung und öffentlichen Investitionen möchte ich auch die geplanten Mittel für Infrastrukturmaßnahmen dieses Haushaltes herausstellen.

Der Etatbereich für Verkehrsinfrastruktur hierfür umfasst rund 550 Millionen Euro. Für den Erhalt und den Neubau von Straßen werden die Mittel auf 73,9 und 74,4 Millionen Euro steigen. Durch den Auf- und Ausbau der Infrastruktur Thüringens gewinnt Thüringen an wirtschaftlicher, aber auch touristischer Attraktivität.

Eine gute Nachricht für den Thüringer Sport findet sich ebenso im Etat des Infrastrukturressorts:

Der Um- und Ausbau der für den Spitzensport notwendigen Sporthallen in Eisenach, Bad Langensalza und Suhl sowie des Fußballstadions in Jena wird dort finanziell untersetzt.

Die Bewerbung und Ausrichtung einer Biathlon-WM in Oberhof im Jahr 2020/2021 ist Anlass, die ohnehin notwendigen Baumaßnahmen im Biathlonstadion anzugehen. Dafür werden 8 Millionen Euro bereitgestellt.

[Einzelplan IT]

Meine Damen und Herren,

zur Infrastruktur heute gehören jedoch nicht nur Verkehrswege. Infrastruktur heute betrifft ebenso den Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik.

Der Landtag hat im Mai 2014 eine Strategie für E-Government und IT des Freistaats Thüringen beschlossen. Gemäß der Richtlinie für die Organisation des E-Government und des IT-Einsatzes, die diesen September in Kraft trat, hat sich die Thüringer Landesregierung auf den Weg gemacht, den IT-Bereich in der Landesverwaltung stärker zu zentralisieren.

Diese Zentralisierung haben wir nun auch haushaltseitig realisiert. Ein Vorteil ist offensichtlich, nämlich die transparentere Darstellung der Kosten. Und die Landesregierung verdeutlicht:

E-Government und IT-Einsatz sind ein zentraler Baustein der vor uns liegenden Verwaltungs-, Gebiets- und Funktionalreform. Ihnen liegt also ein neuer Einzelplan mit der Nummer 16 für IT-Ausgaben der Landesverwaltung vor, an dem sich fast alle Ressorts beteiligen.

Der Einzelplan 16 enthält je Ressort ein Kapitel, welches die bisherige Ausgabenstruktur in Titelgruppen abbildet. Die Ausgaben für ressortübergreifende Maßnahmen des zentralen E-Governments sowie das Thüringer Landesrechenzentrum werden ebenfalls in jeweils einem Kapitel ausgewiesen.

Damit erreicht der Einzelplan 16 ein Ausgabevolumen von 107 Millionen Euro in 2016 und 106 Millionen Euro in 2017. Das erlaubt erstmals einen Überblick auf den IT-Ausgabebereich.

Die Geschäftsbereiche des TMIK sowie des TMBJS sind dem Ziel einer Zentralisierung aller IT-Ausgaben noch nicht gefolgt. Entsprechend sind die Ausgaben in den Ressortplänen verblieben.

Ich habe allerdings die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass in den Haushaltsberatungen hier im Landtag diese Ressorts noch die Vorteilhaftigkeit einer zentralen Veranschlagung erkennen. Deshalb möchte ich auch diese Zahlen nennen: Im Geschäftsbereich des Innenministeriums sind reine IT-Ausgaben von etwa 19 Millionen Euro pro Jahr etatisiert.

Im Geschäftsbereich des Bildungsministeriums belaufen sich die reinen IT-Ausgaben auf etwa 3 Millionen Euro pro Jahr.

Das erhebliche Ausgabevolumen des Einzelplans 16 unterstreicht nicht nur die Rolle von Informations- und Kommunikationstechnik. Es verpflichtet, diese Mittel zielführend zur IT-Unterstützung der Landesverwaltung entsprechend der beschlossenen Strategie einzusetzen.

Die Bewirtschaftung bleibt weiterhin dezentral. Sie können dies an der gewählten Kapitelstruktur des Einzelplans ablesen.

[Innenressort – KFA, Innere Sicherheit]

Meine Damen und Herren,

zentrale Bereiche im Haushalt bilden auch die Bereiche Inneres und Kommunales. Das Kabinett hat in der vergangenen Woche den Gesetzentwurf zum Kommunalen Finanzausgleich im Kabinett beschlossen.

Die Ausgaben für Thüringer Kommunen innerhalb des KFA sowie durch eine Vielzahl von speziellen Zuschüssen und Zuweisungen betragen in 2016 = 3.009 Millionen Euro und in 2017 = 3.104 Millionen Euro.

Damit fließt etwa ein Drittel des Landeshaushalts in Leistungen und Projekte der Kommunen in Thüringen. Das entspricht einer Erhöhung im Jahr 2016 gegenüber 2015 von 80 Millionen Euro. Die Finanzausgleichsmasse erhöht sich gegenüber 2015 um etwa 47 Millionen Euro. Dies liegt an der dauerhaften Aufstockung in Höhe des bisherigen Garantiefonds.

Die höheren Steuereinnahmen der Kommunen wie auch die zusätzlichen Bundesleistungen für die Kommunen werden nicht auf die Finanzausgleichsleistungen des Landes angerechnet.

Die Leistungen des Landes außerhalb der Finanzausgleichsmasse wachsen ebenfalls. So erhöht sich die Summe zusätzlicher Landesmittel um 151 Millionen Euro, im Jahr 2017 kommen weitere 95 Millionen Euro hinzu.

In diesen Zahlen spiegeln sich auch die erhöhten Kosten bei der Flüchtlingsthematik wider. Das Land kommt seinen bestehenden Verpflichtungen, die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung zu tragen, voll nach. Dies ist im Übrigen auch der Grund, weshalb die Flüchtlingskosten in Thüringen so hoch im Landeshaushalt zu Buche schlagen.

Die Finanzausstattung der Kommunen beinhaltet auch

- die zusätzlichen Bundesleistungen im Rahmen der Soforthilfe für die Kommunen,
- die vollständige Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund und
- die eigenen Steuereinnahmen der Kommunen.

Die Steuereinnahmen steigen erfreulicherweise auch in den folgenden Jahren und werden vollständig bei den Kommunen verbleiben.

Gegenüber 2015 sind dies allein in 2016 rund 50 Millionen Euro. Für 2017 ergibt sich eine weitere Steigerung um 75 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren,

die Leistungen an die Kommunen bleiben stabil und steigen. Und das angesichts der großen Herausforderungen, die an diesen Landeshaushalt gestellt werden.

Blicken wir auf den Ressortetat für Inneres und Kommunales, dann stehen insgesamt in den kommenden beiden Jahren jeweils mehr als 600 Millionen Euro zur Verfügung. Dabei wachsen die Ausgaben für den Bereich ‚öffentliche Sicherheit und Ordnung' um 10 Millionen auf knapp 477 Millionen im Jahr 2016 und noch einmal um 11 Millionen Euro im Jahr 2017 an.

Dies zeigt: Die Thüringer Landesregierung wird weiter die notwendigen Mittel für Ausrüstung und Einsatz der Polizei im Freistaat bereitstellen. Thüringen ist eines der sichersten Länder der Bundesrepublik und das soll es auch bleiben.

[Zwischenfazit: Gestalten für Thüringen]

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe zentrale Felder des Landeshaushaltes skizziert.

Diese Landesregierung ist überzeugt: Thüringen ist 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ein lebenswertes Land. Aber wir wissen auch, dass Thüringen seinen Weg weiter gehen muss, wenn das so bleiben soll.

Die Bürgerinnen und Bürger haben Kraft ihrer Arbeit diesem Land eine eigene finanzielle Grundlage geschaffen. Thüringen ist mit der Unterstützung der EU, des Bundes und der alten Länder in stabilen Bahnen angekommen. Es muss unser Ziel sein, das Erreichte auszubauen. Und dies zum Wohle aller Thüringerinnen und Thüringer, nämlich unter den Vorzeichen: demokratisch, sozial und ökologisch.

[HH Eckwerte]

Einige Ausführungen an dieser Stelle noch zum Haushaltsvolumen. Für einige Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen der Opposition ist diese Zahl ja das plakative Maß aller Dinge, um einen Haushalt und seine Qualität einzuordnen.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, das ist fachlich Unsinn.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass die Haushaltsvolumina in den kommenden beiden Jahren steigen. Dies hat vielfältige Ursachen. Genannt werden müssen dabei vor allem die stark steigenden Ausgaben für Flüchtlinge und die wachsenden Personalausgaben. Es gibt zudem noch eine ganze Reihe anderer Haushaltsansätze, die Anstiege verzeichnen.

Aber diese Landesregierung hat sich eben bewusst dafür entschieden, dass Land angesichts der großen Herausforderungen nicht mit einem Spardiktat zu überziehen, sondern weiter die notwendigen Impulse für die Menschen in Thüringen zu setzen.

[Personal - Herausforderungen Stellenabbau]

In Bezug auf die Eckwerte des Haushaltes Thüringen sehe ich insbesondere im Bereich des Personals weiteren dringenden Handlungsbedarf.

Ursachen des Ausgabewachstums sind die Tarifzuwächse und die Besoldungsanpassungen bei gleichzeitig zu geringer Rückführung von Personalzahlen. Wir müssen kritisch festhalten:

Während in den Flächenländern West im Durchschnitt 21,4 Vollzeitbeschäftigte auf 1.000 Einwohner kommen, sind es in Thüringen 23,7 Beschäftigte.

Meine Damen und Herren,

kein Land hat mehr Bedienstete bezogen auf die Zahl der Einwohner als Thüringen! Dieser Tatsache formuliert eine Zukunftsaufgabe für diese Landesregierung: Den weiter notwendigen Personalabbau.

Dabei ist unbestritten: Wir werden eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung erhalten. Die Verringerung der Zahl der Bediensteten lässt sich mit einem zukunftsweisenden Einstellungskorridor verbinden.

[Zinsen]

Meine Damen und Herren,

wie ich bereits erwähnt habe, reiht sich Thüringen mit dem Haushalt in die Riege der Länder ein, die Haushalte ohne Neuverschuldung in diesem Jahr vorlegen. Wir haben aber die Tilgung angesichts der besonderen Situation des Freistaats in diesem und im nächsten Jahr ausgesetzt. Ich halte daran fest, dass wir wenn möglich, auch in Thüringen weiter Schulden tilgen sollten.

Für den aktuellen Haushalt gilt erfreulicherweise: Die Ausgaben für Zinsen sinken und entlasten den Haushalt. Mussten wir 2015 noch knapp 550 Millionen Euro zahlen, werden es 2017 voraussichtlich noch 470 Millionen Euro sein.

Entsprechend sinkt die Zinsausgabequote von über fünf auf deutlich unter fünf Prozent im übernächsten Jahr.

Im Haushaltsplan ist auch abzulesen, wo wesentliche Ausgaben sinken. So gehen die Ausgaben für das Landeserziehungsgeld um etwa 14 Millionen Euro in den kommenden beiden Jahren zurück. Für 2017 sind hier nur noch 5 Millionen Euro veranschlagt.

Aber es sind auch Sparanstrengungen der Ressorts notwendig. Dies wird deutlich in der globalen Minderausgabe in Höhe von 69 Millionen Euro für 2017. Diese globale

Minderausgabe beinhaltet die Verpflichtung für alle Ressorts, im Haushaltsvollzug 2017 69 Millionen Euro weniger auszugeben, d.h. zu sparen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe zentrale Eckpunkte des Haushaltsentwurfs dargestellt und dabei Anliegen dieser Regierungskoalition herausgearbeitet.

[Abschluss – Prioritäten setzen für Zukunft]

Wir loten in diesen beiden Jahren aus, was der Freistaat und seine Bürgerinnen und Bürger zu leisten vermögen. Wir gehen mit diesem Doppelhaushalt an unsere Grenzen, weil es notwendig ist. Dieser Doppelhaushalt bietet uns aber auch die Luft und die Zeit uns über die Dinge klar zu werden, die wir uns in Zukunft noch leisten können.

Die Verwaltungs-, Gebiets- und Funktionalreform, die vor uns liegt, muss flankiert werden von einer deutlichen Aufgabenkritik, verbunden mit der Entscheidung, was wir uns in Zukunft leisten wollen.

Ins nächste Jahrzehnt Thüringer Nachwendepolitik muss der Freistaat dann mit einer klaren Priorisierung unseres Leistungsspektrums gehen. Ich sage Ihnen schon heute, dass dieses anders sein wird als das, was wir in den vergangenen 25 Jahren gekannt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der vorliegende Entwurf des Doppelhaushaltes für die Jahre 2016 und 2017 gibt den Akteuren in diesem Land Planungssicherheit und eröffnet den Weg für neue Projekte.

Der Haushalt der Landesregierung ist 25 Jahre nach der Wende ein klares Signal für den weiteren Aufbauprozess.

Deshalb hoffe ich, dass viele Bürgerinnen und Bürger dieses Land in den kommenden beiden Jahren weiter voranbringen – mit Mut und Thüringer Erfindergeist

Wir Parlamentarier müssen die Thüringerinnen und Thüringer dabei unterstützen! In diesem Sinne wünsche ich uns eine konstruktive Beratung des vorliegenden Haushaltentwurfes.